



Antrag

Vorlage: AT/0045/2026		Datum: 13.05.2026			
Verfasser: 008-Ratsfraktion Die LINKE-PARTEI		Az.:			
Betreff:					
Antrag der Die Linke-PARTEI-Fraktion: Konzept Bürger*innenbeteiligung					
Gremienweg:					
28.05.2026	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
	TOP		öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen
				<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
				<input type="checkbox"/>	ohne BE
				<input type="checkbox"/>	abgesetzt
				<input type="checkbox"/>	geändert

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat beschließt, die Verwaltung wird beauftragt, verbindliche Leitlinien für die Bürger*innenbeteiligung zu entwickeln und in eine entsprechende Satzung zu überführen. Hierbei sollen auch digitale Beteiligungsformen Berücksichtigung finden. Auf bereits bestehende Beteiligungsvorgaben (z.B. im Baugesetzbuch) sowie Expertise und Erfahrungen z.B. der Ortsvorstehenden, Quartiersmanager*innen oder Beiräte soll dabei aufgebaut werden. Die Beteiligungsprozesse sollen dabei so gedacht werden, dass auch kritische Stimme gehört und Beteiligung ergebnisoffen vollzogen werden kann.

Die Erarbeitung einer solchen Satzung soll durch eine Arbeitsgruppe oder einem ähnlichen Format, bestehend aus Vertreter*innen der Einwohner*innen, der Ratsfraktionen, der Verwaltung sowie weiteren städtischen Vertreter*innengruppen (z.B. Ortsvorstehende, Quartiersmanager*innen, Beiräten usw.) erfolgen.

Begründung:

Ziel der Satzung ist, für alle gleiche, transparente und verlässliche Leitlinien zu schaffen, die eine möglichst barrierearme, verlässliche und frühzeitige Bürger*innenbeteiligung ermöglichen und dadurch eine lebendige kommunale Beteiligungskultur in Koblenz entstehen lassen.

Dies ist ein Beitrag sowohl für Demokratie als auch Teilhabe.

In Koblenz besteht bereits ein breiter Pool an Erfahrungen und Expertise in der kommunalen Praxis zur Bürger*innenbeteiligung. Eine Satzung bietet die Chance, dieses Bestehende in Leitlinien zu überführen, festzuhalten und zu institutionalisieren. Das schafft Verlässlichkeit für alle Beteiligten.

Aktuell zeigt sich z.B. am geplanten Wegausbau am Moselufer oder an dem Vorhaben Interimsschule (Pestalozzi-Schule), dass Koblenzer Bürger*innen ein hohes Interesse an der Mitwirkung bei kommunalen Planungsprozessen, Stadt- sowie Stadtteilentwicklung haben, jedoch bestehende Beteiligungsprozesse für sie häufig unbekannt, intransparent oder unzureichend bleiben. Eine Satzung würde hier Abhilfe schaffen sowie Bedarfe der Bürger*innen berücksichtigen. Eine Satzung, an der auch Bürger*innen mitarbeiten, schafft zudem eine hohe Bindung und Akzeptanz. Es finden sich zahlreiche Beispiele für entsprechende Satzungen und Leitlinien sowie deren

partizipativen Entstehungsprozesse, auf die in der Umsetzung zurückgegriffen werden kann – die Stadt Mainz oder die Stadt Heidelberg seien hier beispielhaft genannt.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Keine